



Inselgemeinde
Langeoog

Niederschrift

über die
Öffentliche Sitzung des Gemeinderates
der Inselgemeinde Langeoog
am Mittwoch, 06. März 2024
im Rathaus Sitzungszimmer

Rat/2024/004

Beginn der öffentlichen Sitzung: 16:50 Uhr

Anwesenheitsliste

Anwesend waren:

Stimmberechtigt: Gemeinderatsmitglied

Agena, Gerrit

Stimmberechtigt: Bürgermeisterin

Horn, Heike

Stimmberechtigt: Gemeinderatsmitglied

Peters, Till Martin

Garrels, Uwe

Janssen, Jan Martin

Kraus, Bärbel

Peters, Daniela

Recktenwald, Michael

Schmidt, Rüdiger

Spies, Gerda

Allgemeiner Vertreter

Heimes, Ralf

Kämmerin

Baller, Cornelia

Protokollführerin

Heimes, Katja

Fehlend:

Gemeinderatsmitglied

Mühlinghaus, Ines

Entschuldigt fehlend

TOP 01 Eröffnung der Sitzung**Sachvortrag:**

Ratsvorsitzender Agena begrüßt die Anwesenden und entschuldigt den verspäteten Beginn der Sitzung. Die vorhergehende Sitzung habe etwas länger gedauert.

Ratsvorsitzender Agena begrüßt die Bedienstetenvertreter, die an der Sitzung teilnehmen, aber nicht stimmberechtigt seien.

Der Rat stimmt einmütig zu, den Bedienstetenvertretern Rederecht zu erteilen.

TOP 02 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**Sachvortrag:**

Ratsvorsitzender Agena stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 03 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**Sachvortrag:**

Es werden keine weiteren Anträge zur Tagesordnung gestellt.

TOP 04 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**Sachvortrag:**

Keine.

TOP 05 Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**Sachvortrag:**

- a) Herr Hube äußert die Gruppe LPR habe zwar die politische Mehrheit, was nach seiner Berechnung aber nur 30 % der Langeooger ausmache. Er stellt die Frage, ob es Art und Weise im Umgang mit den Langeoogern sei, wenn so kurzfristig eine Ratssitzung mit einer solchen Vorlage eingeladen werde. Er stelle die Frage direkt an die Gruppe LPR, weil er sich nicht vorstellen könne, dass diese Art von Transparenz den Wählern versprochen wurde.

Auf die Frage von Ratsvorsitzenden Agena, zu welchem Tagesordnungspunkt die Frage gestellt werde, verweist Herr Hube auf alle Vorlagen, die erst am Dienstag im Netz eingestellt gewesen seien. Dies sei sehr kurzfristig und ihm fehle bei den heiklen Themen die Mitnahme der Bürger.

Stv. Bürgermeister Schmidt erklärt, die Kurzfristigkeit der Vorlage sei der Situation geschuldet. Die Personalprobleme seien hinreichend bekannt. Dem Rat sei die Möglichkeit für eine Interimslösung im Bereich Tourismus-Management vorgestellt worden. Zum Tagesordnungspunkt werde eine Erläuterung erfolgen. Bei der Vorlage zur Unterstützung der Inselärzte werde der Ist-Stand aufgezeigt und die Frage, ob dieser so beibehalten werden soll.

Ratsherr Recktenwald ergänzt die Ausführungen zum Tagesordnungspunkt Ausschreibung InterimsmanagerIn. Dem Rat sei bisher nicht bekannt gewesen, dass es solche Möglichkeiten geb. Dem Rat sei dann diese Möglichkeit kurzfristig vorgestellt worden und man sei sich gruppenübergreifend einig gewesen, dass eine schnelle Lösung erforderlich sei. Die Angelegenheit hätte in den Ausschüssen besprochen werden können, aber in allen Ausschüssen seien die gleichen Personen vertreten. Es müsse schnell eine Entscheidung getroffen werden, um für die Saison einen Tourismusmanager zu bekommen.

Bürgermeisterin Horn erklärt, es gebe keine Vorgaben für die Veröffentlichung von Vorlagen. Vorlagen seien kommunalrechtlich alleine für die Ausschüsse und den Rat vorgesehen. Die Gemeinde Langeoog veröffentliche ihre Vorlagen. Zeitlich gebe es hierfür aber keine Vorgaben. Sie äußert ihr Bedauern, dass immer wieder der Verdacht geäußert, es werde gemauschelt. Sie würde es begrüßen, wenn sachlich angefragt werde. Zum Tagesordnungspunkt „Unterstützung Inselärzte“ berichtet sie über eine Anfrage der kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen. Es gebe wohl einen Wechsel der niedergelassenen Ärzte und es wurde in dem Zusammenhang angefragt, welche Leistungen, jenseits dessen, was die kassenärztliche Vereinigung biete, die Gemeinde bieten könne. Die Entscheidung treffe nicht die Verwaltung, sondern der Rat. Es wäre ausreichend den Beschluss öffentlich zu verkünden. Man sei sich aber einig darüber gewesen, den Punkt öffentlich zu diskutieren. Bürgermeisterin Horn verweist auf Äußerungen auf Facebook bezüglich des Sitzungstermins. Der Mittwoch und die Uhrzeit seien angeblich mit Absicht gewählt. Sie erklärt, dies sei auch der Fall, damit die Ärzte an der Sitzung teilnehmen können. Außerdem verweist sie auf Aussagen der Mitarbeiter bezüglich der hohen Sitzungsfrequenz in den Abendstunden. Sie erläutert weiter, teilweise können nach Erstellung von Tagesordnungen noch Rückmeldungen zu den Tagesordnungspunkten ausstehen, und daher die Vorlagen erst danach erstellt und versendet werden. Sie würde sich freuen, wenn keine Unterstellungen erfolgen, sondern die Sachlage erfragt werde.

- b) Frau Oldewurtel verweist auf den Tagesordnungspunkt 6 und fragt nach der Möglichkeit in der Vorlage bei den Beschlussvorschlägen den letzten Satz umzuformulieren und die Verlängerung als Option aufzuführen.

Bürgermeisterin Horn erklärt, für den Beschlussvorschlag gebe es aus den Sitzungen bereits den Vorschlag der Umformulierung von „geplant“ in „möglich“. Sie erklärt weiter, eine Vertragsverlängerung sei im Zweifel für alle die beste Lösung, werde aber unter dem Tagesordnungspunkt noch ausführlich besprochen. Sie weist darauf hin, dass aus dem Publikum keine Anträge gestellt werden können.

- c) Herr Piekarski stellt zum Tagesordnungspunkt 6 die Frage, wie die Dienstleistung bezahlt werden soll und würde sich freuen, wenn der Punkt in die Diskussion mit aufgenommen werde.

Bürgermeisterin Horn antwortet, die Frage sei nach einer Ausschreibung zu beantworten bzw. müsse vom Rat entschieden werden, wie es formuliert werde.

- d) Herr Moselage schließt sich der Frage von Herrn Hube an. Er stellt die Frage, warum es so viele Optionen bei den Vorlagen gebe. Seines Erachtens werden die Vorlagen „im stillen Kämmerlein“ gemacht und sehr spät an die Öffentlichkeit gegeben. Es fehle die Möglichkeit auf der Insel Diskussionen zu führen. Man werde von der Verwaltung vor vollendete Tatsachen gestellt. Ihm fehle die Transparenz.

Bürgermeisterin Horn verweist auf ihre Ausführungen. Die Transparenz werde durch das Streaming gegeben. Man sei in einer Stellvertreterdemokratie und führe vorher Gespräche mit den Ratsmitgliedern. Die Frage sei, wie die Ratsmitglieder dann kommunizieren. Dies obliege nicht der Verwaltung. Aufgabe der Verwaltung sei es ein Ziel zu erreichen. Sie verweist auf die Anfrage von Mitarbeitern des Tourismus-Service, die heute aufgrund der Teilnahme an der ITB nicht an der Sitzung teilnehmen können. In diesem Zusammenhang teilt Bürgermeisterin Horn mit, dass sie bzw. alle Inseln von Ministerebene zur Teilnahme an der ITB angefragt wurden. Sie erläutert nochmals, dass auf Anfragen von außen, die im Interesse der Insel liegen, schnellstmöglich reagiert werde. Dies betreffe u. a. die Anfrage der kassenärztlichen Vereinigung. Man habe im gesetzlichen Rahmen zur heutigen Sitzung eingeladen und arbeite nicht im „versteckten Kämmerlein“. Wenn Vorlagen nicht verstanden würden, kläre sich dies sicherlich bei der Diskussion unter dem Tagesordnungspunkt.

- e) Herr Piekarski verweist auf eine Aussage von Bürgermeisterin Horn, die Ratssitzung sei kein Diskussionsforum. Es werde schon seit Jahren, unter anderem auch zu seiner Zeit als Ratsmitglied gesagt, die Ratssitzung sei die Entscheidungssituation und die Ausschüsse zum Diskutieren vorgesehen. Die gestellten Fragen der Bürger seien das Resultat von zu wenig Transparenz durch zu wenig Diskussion. Fragen würden mit einer teilweisen Arroganz abgeschmettert, anstatt auf die Bürger zuzugehen. Es fehle das Vertrauen in jede Richtung, ansonsten würden die Situationen nicht so verfahren sein. Der Bürger müsse nach Diskussionen im Ausschuss die Möglichkeit haben mit seinen gewählten Ratsmitgliedern zu sprechen. Er fragt, warum die Möglichkeit nicht genutzt werde.

Ratsherr Recktenwald bringt vor, seiner Auffassung nach sei der Punkt Interimsmanager in seiner Zeit als Ratsmitglied der erste Punkt, der ohne vorherigen Ausschuss im Rat diskutiert werde. Ratsfrau Kraus habe einen Ausschuss vorschalten wollen. Man sei sich in diesem Fall aber gruppenübergreifend einig gewesen, dass Eile geboten sei.

Allgemeiner Vertreter Heimes äußert, die Eile sei zu Genüge erläutert worden. Aus diesem Grund seien auch die Bedienstetenvertreter zur heutigen Sitzung hinzugezogen worden und erhalten für die Sitzung Rederecht.

Bürgermeisterin Horn ergänzt die Ausführungen, es handle sich um wichtige Punkte, weshalb der schnellstmögliche Zeitpunkt für eine öffentliche Ratssitzung gewählt wurde, in der auch diskutiert werden und zudem der kassenärztlichen Vereinigung schnellstmöglich geantwortet werden könne.

TOP 06

Ausschreibung InterimsmanagerIn für den Eigenbetrieb Tourismusservice Langeoog befristet bis zum 31.12.2024 mit der Option Übertragung Betriebsleitung

Sachvortrag:

Bedienstetenvertreter Wettstein teilt mit, er sei auch Vorsitzender im Personalrat des Tourismus-Service. Der Personalrat sei in der Angelegenheit nicht beteiligt und die Bedienstetenvertreter nicht zur Informationsveranstaltung eingeladen gewesen. Man habe zwar kein Mitspracherecht, hätte sich aber eine Beteiligung gewünscht. Die Interimslösung sei angedacht bis zum 31.12.2024. Er wünsche sich eine Erläuterung, wie es danach weitergehen soll.

Ratsherr Recktenwald erläutert den Sachverhalt. Es gebe Firmen, die touristische Kommunen mit großem Know-How und Menpower unterstützen. Es müsse eine entsprechende Ausschreibung erfolgen. Seitens der Firma würde dann ein Tourismusmanager gestellt, der unter den jetzigen Vorgaben und Formalien tätig werde. Die Person sei nicht beim Tourismus-Service angestellt, sondern werde von der Firma gestellt und habe somit einen entsprechenden Experten-Hintergrund. Da man nicht wisse, ob es sich um die optimale Lösung handle, sei zunächst die Interimslösung mit einer zeitlichen Begrenzung angedacht. Wenn es ein gutes Modell sei, könne der Rat über eine Weiterführung entscheiden und ggf. um die Übernahme der Betriebsleitung erweitern. Wenn es nicht die richtige Lösung sei, könne zum alten Modell zurückgegangen werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die Ausführungen von Bedienstetenvertreter Wettstein und stellt richtig, dass nicht erst heute eine Information erfolgt sei, sondern im Vorfeld ein intensiver Austausch mit den Bedienstetenvertretern stattgefunden habe. Er erläutert, es werde nicht in Abläufe oder Personalstrukturen eingegriffen, daher gebe es keinen Grund die Personalräte hinzuzuziehen. Es stehe lediglich in Frage, ob ein/e TourismusmanagerIn wie bisher ausgeschrieben und beim Tourismus-Service eingestellt oder die Einstellung über eine Firma geleistet werden soll. Die Person habe die gleichen Rechte, wie bisher und bekomme keine zusätzlichen Rechte, solange sie der Rat nicht beschließe.

Bürgermeisterin Horn ergänzt die Ausführung, dass bei der Informationsveranstaltung Mitarbeiter des Tourismus-Services anwesend gewesen seien. Die Mitarbeiter hätten schon vorher dringenden, professionellen Handlungsbedarf für den Tourismus aufgezeigt. Die Verwaltung habe darauf reagiert und dem Rat eine mögliche Lösung vorgestellt. Bei der heutigen Diskussion sei ihr wichtig, wo der Unterschied sei wie bei der letzten Ausschreibung befristet auszuschreiben oder wo die Bedenken liegen, wenn jemand zu einem Zeitpunkt X komme und eine Trennung innerhalb von vier Wochen für beide Seiten möglich ist. Sie verweist auf Rückmeldungen von bisherigen Tourismusmanagern bezüglich der Aufbauorganisation der Verwaltung. Ziel sei es die Dinge zukunftsorientiert anzugehen. Wichtig sei hier das noch fehlende Konzept, wie der Tourismus zukünftig auf Langeoog gestaltet werden könne.

Ratsherr Garrels ist der Ansicht, die Vorlage erläuterte den Sachverhalt und die Probleme würden klar herausgestellt. Es fehle eine Person, die sich operativ um den Tourismus kümmere und Ansprechpartner für Gäste und Mitarbeiter sei. Es bleibe der Langeoog-Tourismus und keine andere Organisation, die andere Inhalte für den Tourismus entscheide. Hier würde die Person eine Organisation mitbringen, so dass schnell gehandelt und organisiert werden könne. Die Befristung halte er für richtig. Gleichzeitig sollte im Falle einer guten Entwicklung auch die Option für eine Erweiterung genutzt werden. Die jetzige Struktur des Tourismus sei möglicherweise eine unpraktische Struktur oder mit dem Eigenbetrieb keine aktuelle mehr. Es werde jetzt eine Lösung benötigt, um im Sommer handlungsfähig zu sein. Er sehe die Vorgehensweise nicht als intransparent. Es würden alle Verfahren, die der Gesetzgeber über Entscheidungsfindungen im Gemeinderat vorschreibe, durchgeführt. Er würde für die Übergangszeit auch die kooperative Tätigkeit des Betriebsleiters für den Tourismus-Service befürworten, weil man so eine handlungsfähige Person hätte.

Ratsfrau Kraus äußert, ihre Gruppe stehe zu dem Vorschlag, die Interimsmöglichkeit zu versuchen. Es müsse in irgendeiner Form für den Tourismus auf Langeoog zukunftsorientiert weitergehen. Besprochen war ihres Erachtens aber, dass zunächst eine Kennlernphase bis zum 31.12.2024 erfolgen sollte. Wenn dann alles den Vorstellungen entspreche, könnte nach den rechtlichen Vorgaben, wie Beteiligung des Landkreises und Änderung des Eintrages im Handelsregister, in 2025 die Betriebsleitung übergeben werden. Ihre Gruppe sei dagegen jetzt auch schon bis zum 31.12.2024 die Option der Betriebsleitung zu vergeben und beantragt daher einen Beschlussvorschlag c):

- c) Die Verwaltung zu beauftragen, die Dienstleistung einer/s InterimstourismusmanagerIn mit 4-wöchiger Kündigungsfrist beidseits befristet bis zum 31.12.2024 ohne Option in Personengleichheit die Betriebsleitung zu übernehmen öffentlich auszuschreiben. Eine Verlängerung des Vertrages ist möglich oder geplant. Dabei könnte die Option auf eine

Übernahme der Betriebsleitung im Jahr 2025 befristet bis längstens Oktober 2026 angedacht werden.

Ratsherr Recktenwald und Ratsfrau Kraus diskutieren bezüglich der Betriebsleitung und Eintragung im Handelsregister. Ratsfrau Kraus erklärt, Bürgermeisterin Horn würde die Betriebsleitung abgeben und somit würde nach Eigenbetriebsverordnung auch ein Eintrag im Handelsregister notwendig.

Ratsherr Recktenwald erklärt als Vorsitzender des Tourismusausschusses habe er engen Kontakt zum ehemaligen Tourismusmanager gehabt. Dieser habe die Aufgabenvielfalt und die Struktur des Tourismus-Service Langeoog in Frage gestellt. Er würde die neue Lösung befürworten, weil hinter der Person eine unterstützende Struktur stehe. Der Tourismus-Service Langeoog würde derzeit mit den Strukturen des öffentlichen Dienstes einer kleinen Gemeinde geführt.

Ratsherr Janssen verweist auf den Beschlussvorschlag von Ratsfrau Kraus. Wenn eine Änderung der Betriebsleitung erfolge, müssen alle Formalitäten eingehalten werden. Er sei in vielen Punkten bei den Äußerungen von Bürgermeisterin Horn unterstreicht aber, dass die nicht mehr gewünschte „kleine Inselösung“ Langeoog zur heutigen Tourismusdestination gemacht habe. Man verzeichne erst in den letzten Jahren eine hohe Abwanderung an Mitarbeitern. Viele gute Mitarbeiter mit eigenem Wohnraum hätten die Gemeinde bzw. die Eigenbetriebe verlassen, was jetzt massive Probleme bereite. Es werde eine inselverträgliche Lösung benötigt. Eine Option für die Betriebsleitung sei für ihn jetzt nicht möglich.

Ratsherr Recktenwald weist darauf hin, dass das Mitarbeiterproblem nicht die Inselgemeinde im Einzelnen betreffe, sondern ein allgemeines Problem sein. Dies sei ein Grund, andere Lösungen zu finden.

Allgemeiner Vertreter Heimes äußert, es würde an sich Einigkeit bestehen, dass ein Tourismusmanager über das vorgestellte System kommen solle um zu testen, ob es der richtige Weg sein könnte. Es müsste eine beidseitige Kündigungsfrist bestehen. Letztendlich sei die Option für die Betriebsleitung dafür da, wenn es sehr gut laufe, dem Ganzen noch einen Schub zu geben. Selbstverständlich würden alle kommunalrechtlichen Vorgaben eingehalten. Der Beschlussvorschlag könnte entsprechend erweitert werden („...im Rahmen der kommunalrechtlichen Vorgaben“). Dies sei aber erst angedacht, wenn man im Laufe des Sommers sehe, wie sich die Person entwickelt. Wenn die Option jetzt nicht mit beschlossen würde, fehle sie dann eventuell und würde wiederum Verzögerungen verursachen oder es müsse eine neue Ausschreibung erfolgen, die dann eventuell ein anderer Anbieter gewinnen könne. Die Tätigkeit erfolge im Rahmen der kommunalrechtlichen Vorgaben und im derzeit bei der Verwaltung bestehenden Rahmen (Wertgrenzen, kommunalrechtliche Strukturen, Eigenbetrieb, etc.).

Bürgermeisterin Horn erklärt, sie habe ein Verständnisproblem. Ein Personalratsmitglied habe darum gebeten für beide Eigenbetriebe schnellstmöglich eine Betriebsleitung auszuschreiben. Jetzt würde geäußert, es wäre ein derartiger Eingriff in die Struktur, was nicht gewünscht sei. Es gebe keinen Unterschied. Der Landkreis habe nichts mit dem Eintrag im Handelsregister zu tun. Bei dem Wechsel von ihrem Vorgänger zu ihr als Betriebsleitung sei der Landkreis nicht eingebunden gewesen. Es müsse lediglich eine Meldung beim Amtsgericht erfolgen. Sie erläutert nochmals den Beschlussvorschlag. Option bedeute nicht, dass bis zum 31.12.2024 entschieden werden müsse. Option bedeute, wenn es sich abzeichne, dass es das Richtige sei, nicht erneut ausgeschrieben werden müsse, was personelle und finanzielle Ressourcen bedeute und zu einem nicht gewünschten Ergebnis führen könne. Wenn man sich die Option vorhalte, werde dieses Risiko nicht eingegangen. Wenn es nicht gewünscht sei, werde die Verwaltung dem entsprechend handeln. Seitens der Verwaltung sei jedoch aus den erläuterten Gründen die Voraussicht in die Zukunft sehr wichtig um später keinen Nachteil zu haben.

Ratsfrau Kraus erklärt, es sei richtig, dass im Vorfeld Gespräche ohne die Bedienstetenvertreter erfolgt seien. In den Gesprächen seien aber die von ihr vorgebrachten und von Ratsherrn Janssen bestätigten Punkte angedacht und als Ziel festgesetzt worden. Es sei von Phasen gesprochen worden. In der Phase 1 sei nie die Betriebsleitung bis zum 31.12.2024 Thema gewesen. Es sei immer von einer Kennenlernphase gesprochen worden. In Phase 2 sollte die Zusammenarbeit in 2025 angegangen werden. Wenn die Bedienstetenvertreter das anders hätten haben wollen, wäre es schön gewesen, wenn auf die Bitte reagiert worden wäre und vor der Ratssitzung noch eine Ausschusssitzung stattgefunden hätte. Sie könne nicht nachvollziehen, warum bis zum 31.12.2024 schon eine Betriebsleitung eingesetzt werden soll.

Ratsherr Garrels weist darauf hin, es gebe keinen Beschluss, dass diese Person Betriebsleitung werde und erklärt nochmals, dass man die Option der Möglichkeit wolle. Er spreche sich für Beschlussvorschlag a) aus.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die Äußerungen von Ratsfrau Kraus. Man habe die Bedienstetenvertreter mit Rederecht zur Sitzung eingeladen. Die Diskussion könne entsprechend in heutiger Ratssitzung stattfinden. Man habe überlegt am Nachmittag im Vorfeld auch einen Betriebsausschuss anzusetzen. Es hätten aber auch ein Verwaltungsausschuss und eine nichtöffentliche Ratssitzung stattfinden müssen, was ein Zeitfenster von etwa sechs Stunden ergeben hätte. Die jetzige Diskussion hätte auch im Betriebsausschuss stattgefunden. Sie erläutert das kommunalrechtliche Rederecht. Der Betriebsausschuss hätte lediglich eine Empfehlung ausgesprochen. Die Entscheidung erfolge in der Ratssitzung.

Bedienstetenvertreterin Haußmann stellt richtig, dass die Bedienstetenvertreter angesprochen wurden. Der Ausschuss selber sei nicht relevant, solange die Bedienstetenvertreter sich zum Thema äußern können.

Ratsfrau Kraus verliest nochmals ihren vorgeschlagenen Beschlussvorschlag c).

- c) Die Verwaltung zu beauftragen, die Dienstleistung einer/s InterimstourismusmanagerIn mit 4-wöchiger Kündigungsfrist beidseits befristet bis zum 31.12.2024 ohne Option in Personengleichheit die Betriebsleitung zu übernehmen öffentlich auszuschreiben. Eine Verlängerung des Vertrages ist möglich oder geplant. Dabei könnte die Option auf eine Übernahme der Betriebsleitung im Jahr 2025 befristet bis längstens Oktober 2026 angedacht werden.

Es folgt eine Diskussion zu den Beschlussvorschlägen. Ratsfrau Kraus und Ratsherr Janssen erklären Beschlussvorschlag c). Beschlussvorschlag a) lese sich so, dass bereits in 2024 die Option der Betriebsleitung gezogen werden könne.

Die Nachfrage von Ratsfrau Peters, ob die Bedienstetenvertreter mit Beschlussvorschlag a) einverstanden seien, wird seitens der Bedienstetenvertreter bejaht.

Der Beschlussvorschlag c) wird mit 3 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat beschließt Beschlussvorschlag a).

- a) Die Verwaltung zu beauftragen, die Dienstleistung einer/s InterimstourismusmanagerIn mit 4-wöchiger Kündigungsfrist beidseits befristet bis zum 31.12.2024 mit der Option in Personengleichheit die Betriebsleitung zu übernehmen öffentlich auszuschreiben. Eine Verlängerung des Vertrages ist geplant.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	10

TOP 07 Unterstützungsleistungen Inselärzte**Sachvortrag:**

Ratsherr Recktenwald bringt vor, das Thema begleite den Rat seit Beginn der Ratsperiode. An der Beteiligung sei zu sehen, wie sehr es die Einwohner beschäftige. Allen sei daran gelegen, dass die ärztliche Versorgung sichergestellt sei. Zu Beginn der Ratsperiode hatte der Rat teilweise angedacht die Unterstützungen zu kürzen. Die Bevölkerung habe sehr deutlich gemacht, dass man dies nicht wolle und deren Steuergelder mit den entsprechend großen Summen weiter für die Unterstützung der Inselärzte verwendet werden sollen. Er weist darauf hin, eventuell müssten Steuern erhöht werden, um die Zahlung sicherzustellen. Er persönlich würde die ärztliche Unterstützung der Ärzte wie geplant befürworten.

Ratsfrau Spies äußert ihre Irritationen zu den vorgelegten Zahlen und den Punkt „Unterstützung Gebäuderenovierung“. Sie sehe dies nicht als Unterstützung für die Ärzte, sondern als Werterhaltung der Gebäude der Gemeinde.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, die aufgeführten Zahlen dienen der Vollständigkeit der Daten um die Ausgaben aufzuzeigen.

Bedienstetenvertreterin Haußmann erklärt, im oberen Bereich habe früher die Arzthelferin gewohnt. Der gesamte Komplex werde mietfrei zur Verfügung gestellt.

Ratsfrau Kraus legt dar, wie wichtig die Inselärzte seien, ohne die ein Leben auf der Insel schwerlich sei. Sie verweist auf die nächtlichen Einsätze. Die Ärzte müssten auf der Insel Außergewöhnliches leisten, was honoriert werden sollte. Sie verweist auf den Wirtschaftsplan des Tourismus-Service, der ihrer Ansicht nach, große Schwachstellen aufweise und dem von ihrer Gruppe nicht zugestimmt wurde. Ihre Gruppe könne nicht nachvollziehen, warum das Thema jetzt angefasst werde. Sie verweist auf einen Zeitungsartikel für die Gewinnung von Ärzten für die Stadt Wiesmoor. Ihre Gruppe spreche sich für Beschlussvorschlag a) in Verbindung mit Beschlussvorschlag c) aus. Sie verweist auf die nicht gezahlte Badearztausbildung für die Jahre 2021 – 2023. Die seitens der neuen Praxis anscheinend nicht in Anspruch genommen wurde.

Bürgermeisterin Horn bringt vor, sie mache die Äußerung von Ratsfrau Kraus traurig, dass man über die Diskussion zum Thema bestürzt sei. Bürgermeisterin Horn stellt richtig, der Rat sei umgehend angeschrieben und über die Anfrage der kassenärztlichen Vereinigung informiert worden. Sie fragt, ob lieber der Verwaltungsausschuss eine so wichtige Entscheidung, in der sich der Rat letztendlich einig sei, hätte treffen sollen. Sie verweist auf ein Ratsfrau Kraus vorliegendes Vertragswerk. Es gehe um öffentliche Gelder, daher sei es ihr ganz entschiedener Wunsch gewesen den Punkt öffentlich zu diskutieren. Es liege die Zustimmung der Kommunalaufsicht vor. Sie fragt Ratsfrau Kraus, wo ansonsten die Diskussion hätte geführt werden sollen. Es müsse aufgrund einer Änderung ein neuer Beschluss gefasst werden und dieser ihrer Meinung nach öffentlich. Sie weist darauf hin, dass seinerzeit zur Beschlussfassung für die Unterstützung der Ärzte keinerlei Nachfrage seitens der Ärzte bestanden habe, sondern der Rat die Entscheidung über die Unterstützung getroffen habe.

Es gehe um eine Gleichbehandlung und auch um eine der jetzt genutzten Liegenschaften, wo die dort tätigen Mediziner die Unterstützung auch nicht angefragt hätten. Von dort werde aber eine Gleichbehandlung gewünscht. Für diese Gleichbehandlung, die vertraglich derzeit anders geregelt sei, benötige die Verwaltung einen Ratsbeschluss, um damit dann zur kassenärztlichen Vereinigung gehen zu können. Sie könne nicht nachvollziehen, was an der Vorgehensweise ungewöhnlich sei, zumal sich der Rat einig sei, dass die Inselärzte unterstützt werden sollen.

Ratsfrau Kraus entgegnet, es müsse natürlich darüber gesprochen werden. Sie sei Fan der Demokratie. Sie bedankt sich bei der Kämmerei für die ausführliche Ausarbeitung der Zahlen und was die Unterstützung für den Haushalt bedeute. Es sei dafür sehr viel Zeit aufgewendet worden. Ihrer Gruppe sei es auch so klar gewesen.

Ratsherr Janssen äußert, die Angelegenheit sollte nicht so hochgekocht werden und allen klar sein. Man habe seinerzeit bei Gesprächen mit den damaligen Ärzten schon erkannt, dass die Suche für eine Nachfolge schwierig werde und interessanter gestaltet werden müsse. Die Ärzte müssten auf der Insel 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr Dienst leisten. Die ärztliche Versorgung der Insel müsse erhalten und für die Ärzte Anreize geschaffen werden, daher habe man seinerzeit den Beschluss zur Unterstützung gefasst, um die ärztliche Versorgung für die Zukunft zu sichern. Er verweist auf die Arztsuche in den ländlichen Bereichen. Man müsse von Glück sagen, dass Langeoog über Ärzte verfüge. Er halte die Diskussion für nicht angebracht.

Bürgermeisterin Horn äußert erneut, dass es eine neue Situation gebe und kommunalrechtlich vorgeschrieben sei die Anfrage zu diskutieren. Sie fragt, ob es Ratsherrn Janssen lieber gewesen sei, nichtöffentlich zu diskutieren und sie dann gemäß § 88 NKomVG hätte tätig werden müssen, weil ein öffentlicher Beschluss darüber erfolgen müsse. Nach derzeitiger Kenntnis gebe es eine geänderte Vertragssituation. Es gehe darum, der kassenärztlichen Vereinigung auf deren Nachfrage sehr schnell antworten zu können. Hierfür sei ein öffentlicher Ratsbeschluss notwendig. Sie könne nicht nachvollziehen, warum die öffentliche Diskussion in Frage gestellt werde. Es werde immer Transparenz gefordert und nun solle, was zwingend erforderlich sei, nicht öffentlich entschieden werden. Sie wiederholt, dass ein gültiger Ratsbeschluss benötigt werde, da ein Vertragswerk vorliege und sich hier bestimmte Bedingungen ändern und unter Umständen ein neuer Status beginne.

Ratsherr Janssen äußert, er bedaure, dass bei einem solch wichtigen Thema seitens der Bürgermeisterin „Pfeilspitzen“ geäußert werden. Das ein öffentlicher Beschluss notwendig sei, sei ihm durchaus bewusst. Ihm gehe es um die Diskussionskultur und die Außendarstellung.

Kämmerin Baller verweist auf die Äußerung zur ausführlichen Bearbeitung seitens der Kämmerei und erklärt, die Kämmerei habe die Aufgabe die finanzielle Lage (auch Steuergelder) darzustellen. Die jetzigen Kosten seien so nicht im Haushaltsplan eingeplant gewesen. Es handle sich um eine freiwillige Leistung und die Kämmerei habe die entsprechende Lage darstellen wollen. Dies auch in Verbindung mit der Genehmigungsverfügung, die sie später noch bekanntgeben werde.

Ratsherr Garrels gibt eine persönliche Stellungnahme zu den Kosten ab. Die Kommune habe in den letzten sieben Jahren € 388.000,00 für die Unterstützung der Ärzte und € 43.000,00 für die Gebäuderenovierung aufgewendet. Wenn Gebäude renoviert würden, erhalte man als Gegenleistung eine Miete oder Pacht. Darauf könne man verzichten, woraufhin dann aber das Geld für Instandsetzungen fehle. Es gehe ihm nicht darum, jemandem etwas nicht zu gönnen. Seinerzeit als Bürgermeister habe er sich gegen den Erlass der Mieten ausgesprochen. Es gehe ihm um die staatsbürgerliche Auffassung, dass Personen für ihre Arbeit entlohnt werden. Leistungsträger der Gemeinde sollten die Gemeinde mit fördern und ihren Beitrag leisten, wozu auch die Zahlung einer Miete gehöre. Die Gemeinde habe nicht die Aufgabe Einzelpersonen zu fördern, sondern die Struktur herzustellen, damit die Leistungsträger ihre Arbeit machen können. Es sei besser den Zustand der Wohnungen und der Praxen instand zu haben oder entsprechende Praxisräume zu schaffen. Der Aufwand für den Badearzt könne mit einem Anerkennungsbeitrag gefördert werden.

Die Gebäuderenovierung könne nur über eine entsprechende Miete durchgeführt werden. Die Mieten der Gemeinde seien nicht unangemessen, vorausgesetzt die Räumlichkeiten seien als Praxis auch nutzbar.

Ratsvorsitzender Agena übergibt den Vorsitz an Stv. Ratsvorsitzenden Recktenwald.

Ratsvorsitzender Agena erklärt, er freue sich, dass nochmals deutlich auf die Wichtigkeit der ärztlichen Versorgung hingewiesen wurde. Er bedaure aber, dass das Thema hochgespielt und zerredet werde. Man sei sich darüber einig, es solle wie bisher weiter verfahren werden. Er stelle sich vor die Verwaltung, die ihrer Pflicht der öffentlichen Diskussion nachgekommen sei, um in Anwesenheit der BürgerInnen und Ärzte auch der Transparenz nachzukommen. Er äußert sein Bedauern, dass das Thema derart in die Länge gezogen werde. Man habe auf der Insel ein tolles Ärzteteam, welches Tag und Nacht zur Verfügung stehe.

Ratsvorsitzender Agena nimmt den Vorsitz zurück und bittet zur Abstimmung überzugehen.

Ratsvorsitzender Agena verliest die Beschlussvorschläge.

Ratherr Janssen teilt mit, dass seine Gruppe allen Beschlussvorschlägen, außer dem Beschlussvorschlag b) zustimme.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass alle Beschlüsse für sich stehen und einzeln abgestimmt werden müssen.

Auf Nachfrage von Stv. Bürgermeister Schmidt, was die bisherigen Verträge enthalten, berichtet Bürgermeisterin Horn entsprechend. In einem vorliegenden Vertrag stehe drin, wenn die Mietfreiheit für die eine Liegenschaft entfallende Mietzins in Höhe von € 10,20/qm gezahlt werde. Bürgermeisterin Horn berichtet über die Not Ärzte zu bekommen. Es gebe Landkreise, die unabhängig von den Inseln die Niederlassungen unterstützen. Dies sei für Langeoog nicht der Fall. Die Richtung gehe aber dahin, dass Kommune oder Landkreis, Unterstützungsleistungen gewähren. Eine Nachbarinsel würde inzwischen ebenfalls Unterstützungsleistungen leisten. Sie werde bei Beschlussvorschlag b) mit Nein abstimmen. Beide Arztpraxen entsprechen nicht dem normalen Standard. Es sei aber auch nicht immer der Wunsch nach einem Umzug vorhanden. Sie gehe davon aus, dass der Verzicht auf eine Mietzahlung die zukünftige Unterstützungsleistung von Kommunen sein werde.

Beschluss:

Der Rat der Inselgemeinde Langeoog beschließt

- a) Für die Liegenschaften weiterhin den bestehenden Mietzins beizubehalten bzw. die bestehende Mietfreiheit beizubehalten. Die Praxis in der Hauptstraße zahlt einen Mietzins von 200,- Euro monatlich.
- b) Bei neuer Praxisvergabe für beide Liegenschaften einen Mietzins zu erheben.
- c) Bei neuer Praxisvergabe die Zusatzbezeichnung Badearzt mit 25.000 Euro zu unterstützen bei entsprechender Vertragsgestaltung (anteilige Rückvergütung).

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorschlag a)

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	2
Anwesende Mitglieder:	10

Beschlussvorschlag b)

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	2
Anwesende Mitglieder:	10

Beschlussvorschlag c)

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	2
Anwesende Mitglieder:	10

TOP 08	Angebot Heuvelmann Maßnahmen zur Wiederinbetriebnahme der Containerbrücken in den Häfen Bensorsiel und Langeoog
---------------	---

Sachvortrag:

Ratsfrau Kraus äußert, eine Wiederherstellung sei für sie und ihre Gruppe keine Frage. Sie stelle sich aber die Frage zur finanziellen Regelung und verweist auf die aufgeführten Summen im Angebot. Sie verweist auf den Wirtschaftsplan der Schifffahrt für 2023. Für weitere Kosten seien € 750.000,00 im Haushaltsplan berücksichtigt. Hier hätte sie sich eine detaillierte Aufstellung der Kosten wie zum Tagesordnungspunkt 7 gewünscht. Sie fragt, welche Höhe an Kosten für Anwalts- und Gerichtskosten enthalten seien und was wirklich verbleibe. Sie möchte wissen, wie die Differenz im Wirtschaftsplan der Schifffahrt mit aufgefangen werden könne.

Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass man die genauen Zahlen aufgrund der Unwägbarkeiten noch nicht kenne. Es hänge davon ab, ob schwere Geräte benötigt würden. Man hoffe, dass einfachere Mittel ausreichend sein werden. Letztendlich bestünden keine Alternativen. Die Brücken müssten dringend fertig werden. Wenn mehr Geld benötigt werde, müsse woanders gespart werden. Man müsse das Gesprächsergebnis abwarten. Der Auftrag müsse aber erteilt werden um vorwärts zu kommen. Es gebe Anzeichen, dass die Kosten deutlich geringer werden. Dies liege aber noch nicht schriftlich vor.

Bedienstetenvertreterin Haußmann bringt vor, sobald die Brücken wieder im Einsatz seien, der Frachter nicht mehr zusätzlich eingesetzt werden müsse und diese Kosten eingespart würden.

Ratsherr Recktenwald äußert, es gebe keine Alternative.

Ratsfrau Kraus äußert im Namen ihrer Gruppe die Bitte, sobald die Entwicklung absehbar sei, eine Ergänzung zum Wirtschaftsplan nachzureichen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Auftragsvergabe für die Sanierung der Containerbrücken in Bensorsiel und Langeoog gemäß den beigefügten Angeboten der Heuvelman Ibis GmbH in Höhe von insgesamt netto 1.478.550,84 EUR. Alle technisch möglichen Maßnahmen zur Verringerung der Angebotssumme sind auszuschöpfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	10

TOP 09 Anträge und Anfragen**Sachvortrag:**

Es werden keine Anträge und Anfragen gestellt.

TOP 10 Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten**Sachvortrag:**

1. Bürgermeisterin Horn verweist auf das angesagte Niedrigwasser bis nächsten Montag, verbunden mit Ostwind und demzufolge Verspätungen oder Ausfällen der Fähren. Die Fähre der Nachbarinseln zur Veranstaltung „Insulaner unner sück“ komme zu Hochwasserzeiten und könne somit ohne Verzug anreisen.
 2. Bürgermeisterin Horn stellt richtig, falls sie sich in der Einwohnerfragestunde falsch ausgedrückt haben sollte, Wirtschaftsminister Olaf Lies habe an anderer Stelle nachgefragt, ob politischer Vertreter bei der ITB vertreten seien. Sie habe nicht gemeint, dass sie persönlich angefragt worden sei.
 3. Kämmerin Baller verliest Auszüge aus der Genehmigungsverfügung der Kommunalaufsicht des Landkreises für die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Inselgemeinde 2024.
 4. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass in entscheidenden Positionen Mitarbeiter länger erkrankt seien und teilweise die Ausfälle länger andauern können. Diese Stellen können nicht ausgeschrieben, sondern nur als Krankheitsvertretung besetzt werden. Hier fehle dann wiederum der Wohnraum.
 5. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass zwei langjährige Mitarbeiter verabschiedet wurden bzw. werden.
 6. Bürgermeisterin Horn wünscht allen eine gute Veranstaltung „Insulaner unner sück“.
 7. Bürgermeisterin Horn berichtet über die heutige Einweihung des neuen Piratenschiffs der AWO, welches über die Playmobilstiftung gespendet wurde.
-

TOP 11 Einwohnerfragestunde**Sachvortrag:**

- a. Herr Kratt verweist auf einen Antrag der Feuerwehr aus 2019 an der Einfahrt zum Feuerwehrhaus eine Laterne aufzustellen. Die Aufstellung einer Laterne stehe bis heute aus.

Bürgermeisterin Horn bedankt sich für den Hinweis und wird die Anfrage an Herrn Sjuts weiterleiten.

Ratsherr Recktenwald äußert, seiner Erinnerung nach sollte seinerzeit von Herrn Sjuts eine Probelampe an der Feuerwehr aufgestellt werden.

- b. Herr Olaf Kratt fragt nach, wann bei der Schifffahrt „die Spielchen“ bezüglich der permanenten Schiffsausfälle aufhören.

Bürgermeisterin Horn berichtet über Gespräche mit den Reedereien Frisia und AG Ems. Die Ausfälle seien wetterbedingt. Die Kapitäne seien verantwortlich und würden mitteilen, sobald die Möglichkeiten zum Fahren wiedergegeben seien. Eine andere Entscheidung habe im Winter gezeigt, wie schnell das Schiff stecken bleiben könne. Diese Situation wolle man vermeiden. Sie werde die Anfrage an die Inspektion weiterleiten.

- c. Herr Olaf Kratt bringt vor, in der letzten Woche hätten etwa 30 Insulaner in Bensorsiel verbleiben müssen, weil die Fähre voll war. An dem Tag habe ein Wechsel in einem der Mutter-Kind-Heime stattgefunden und er frage sich, warum dann eine kleine Fähre eingesetzt werde.

Bürgermeisterin Horn antwortet, sie werde die Frage an die Inspektion weiterleiten. Laut Bedienstetenvertreterin Haußmann sei die „Langeoog III“ an dem Tag auf der Werft gewesen

- d. Herr Olaf Kratt fragt, was mit dem Schiff „Langeoog I“ passieren soll und ob es möglich sei das Schiff wieder zum Einsatz zu bringen.

Bürgermeisterin Horn erklärt, das Thema sei immer wieder auch mit Ratsmitgliedern im Gespräch. Hier bestehe Uneinigkeit. Zum einen werde gewünscht die Fähre wiederherzurichten, andererseits werde dies aber auch abgelehnt. Für dieses Jahr sei noch eine Vorlage vorgesehen und der Rat werde eine Entscheidung treffen müssen.

TOP 12 Schließung der Sitzung

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:53 Uhr

Für die Richtigkeit:



Heike Horn
Bürgermeisterin



Gerrit Agena
Gemeinderatsmitglied



Katja Heimes
Schriftführung